

Tag der offenen Tür am 3.10.2014



Kommentierte Tagesordnung Landtagsitzung September 2014

TOP 1

(a) Die Landesregierung legt ein Haushaltsbegleitgesetz für die Jahre 2015 und 2016 vor. Darin sind unter anderem Regelungen zur Zusammenlegung der Versorgungsrücklage und des Pensionsfonds enthalten. Zudem zieht es Änderungen verschiedener Gesetze nach sich, beispielsweise des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtengesetzes.

(b) Die Landesregierung legt den Entwurf des Landeshaushalts für die Jahre 2015 und 2016 vor. Dem als Gesetz verfassten Entwurf zufolge wird es an Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2015 je 10 767 612 600 Euro geben, für das Haushaltsjahr 2016 sind 10 495 515 200 Euro vorgesehen. Damit handelt es sich zunächst für beide Jahre um einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung.

(c) Die Landesregierung legt den Tilgungsplan für die Nettokredite der Jahre 2010 und 2011 neu vor. Unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung wird die Tilgung später als bisher geplant – nämlich 2020 – abgeschlossen sein.

TOP 2

Die Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Parlamentsreform 2014 zur Ersten Beratung vor. Mit der Reform soll das Parlament schrittweise verkleinert, mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften der Abgeordneten gewährleistet und mehr direkte Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen ermöglicht werden.

Top 3

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will sich mit einem Antrag dafür einsetzen, dass auch in Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2017 das Schnabelkürzen bei Legehennen verboten wird. Aus Sicht des Tierschutzes sei diese Praxis völlig inakzeptabel, heißt es im Antrag der Grünen. Derzeit werden in vielen Boden- und Freilandgehegen – mit Ausnahme von Biohaltungen – routinemäßig die Schnäbel bei Küken gekürzt. Das Schnabelkürzen soll Kannibalismus und Federpicken auf engem Raum vorbeugen, ist allerdings sehr schmerzhaft für die Tiere.

Top 4

Auf Antrag von CDU und SPD wird die Landesregierung gebeten, bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich auf Bundesebene bestimmte Grundbedingungen zu vertreten. Dazu gehört zum Beispiel, das bisherige Ausgleichsniveau des Länderfinanzausgleichs beizubehalten. Außerdem sollten ergänzende Bundesmittel für Investitionen in die Wirtschafts-, Innovations- und Infrastrukturförderung eingeplant werden, um strukturelle Probleme finanzschwacher Bundesländer zu beseitigen.

Top 5

Die Fraktion DIE LINKE will die Landesregierung beauftragen, die gegenwärtige und die vergangene Praxis polizeilicher Ingewahrsamnahme zu überprüfen. Hintergrund ist das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) im Fall Oury Jalloh. Der 21-jährige Asylbewerber war 2005 bei einem Brand in einer Dessauer Gefängniszelle ums Leben gekommen. Der BGH hatte in seinem Urteil Anfang September erklärt, dass die damalige Ingewahrsamnahme durch die Polizei rechtswidrig gewesen sei.

Top 6

„Handwerk hat goldenen Boden“, lautet ein altes Sprichwort. Dafür müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Eine besondere Herausforderung für die Handwerksbetriebe stellen derzeit die Suche nach geeigneten Fachkräften und die Folgen der Energiewende dar. Die Fraktionen von CDU und SPD bitten daher die Landesregierung, weiter alles zu unternehmen, um das Handwerk zu unterstützen – zum Beispiel bei der Qualität der dualen Ausbildung, bei der Stärkung von Frauen im Handwerk, bei Betriebsübergaben oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Top 7

Wenn Politiker allzu schnell von der Politik in Spitzenposten der Wirtschaft wechseln, kommt bei den Bürgern schnell ein fader Beigeschmack auf. In Sachsen-Anhalt soll das zukünftig mit einer Änderung des Ministergesetzes verhindert werden. Hierfür legte die Landesregierung im Februar einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging dieser nicht weit genug, sie reichte daher einen Änderungsantrag ein. Der Ausschuss für Finanzen legt nach der Beratung der beiden Papiere nun eine Beschlussempfehlung vor, die die Annahme des Gesetzentwurfs nahelegt.

Top 8

Die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Änderung kommunalabgabenrechtlicher Vorschriften in Sachsen-Anhalt vor. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Kommunalabgabengesetz im vergangenen Jahr. Das Gesetz soll unter anderem die Verjährungsfristen bei den Kommunalabgaben neu regeln und will zukünftig Spielraum für Gebührensenkungen auch beim Trinkwasser ermöglichen, im Abwasserbereich diesen Spielraum erweitern. Außerdem wurde der Gesetzentwurf in vielen Punkten an bundesrechtliche Vorschriften angepasst.

Top 9

Die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vor. Ziel der Gesetzesänderung ist, die Zuweisung von europäischen Vogelschutzgebieten in Sachsen-Anhalt zu erleichtern und zu vereinheitlichen.

Top 10

Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, den Rundfunkstaatsvertrag zu ändern. Die Landesregierung legt dazu den nötigen Gesetzentwurf vor, der den Vertrag in Landesrecht umsetzt. Im Ursprungsgesetz ist unter anderem verzeichnet, dass die Höhe des Rundfunkbeitrags pro Haushalt auf 17,50 Euro festgesetzt wird. Aufgrund von Überschusseinnahmen können die Gebühren reduziert werden.

TOP 11

(a) Die Ausgaben, die Kommunen zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben tätigen müssen, bedürfen einer ausreichenden Deckelung durch das Land. Aus diesem Grund legt die

Landesregierung eine Gesetzesnovelle zum Finanzausgleichsgesetz vor. Der kommunale Finanzausgleich soll die eigenen Einnahmen der Kommunen ergänzen und für einen angemessenen Ausgleich zwischen den Kommunen sorgen.

(b) Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag ein, durch den der Runderlass über Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock überarbeitet und vor dem Inkrafttreten dem Ausschuss für Finanzen vorgestellt werden soll. Nach Meinung der Linken verschärfe der Runderlass die Voraussetzungen für die Ausreichung von Zuweisungen.

TOP 12

Wie viele Opfer rechter Gewalt gab es seit 1990 in Deutschland? Opferinitiativen gehen von 180 Toten aus, statistisch gemeldet wurden von den Behörden jedoch lediglich 69. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte im Februar wissen, inwieweit die 28 in Sachsen-Anhalt ungeklärten Tötungsdelikte unter anderem dem rechten Spektrum zugemessen werden können und inwieweit eine Überprüfung anderer Straftaten vor diesem Hintergrund stattgefunden hat oder stattfindet. Die Linken brachten dazu einen Änderungsantrag ein, durch den sie die Landesregierung zur Umsetzung von EU-Empfehlungen gegen Rassismus und Toleranz aufforderte. Der Ausschuss für Inneres und Sport hat nun eine Beschlussempfehlung mit geändertem Antragstext erarbeitet.

TOP 13

Für die Überarbeitung des Entwurfs des Landesenergiekonzeptes für das Jahr 2030 setzte sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Oktober 2013 ein. Die Landesregierung wird gebeten, den Entwurf zu überarbeiten und unter anderem folgende Aspekte zu berücksichtigen: Senkung des Energieverbrauchs, Nutzungszunahme bei Erneuerbaren Energien, Beibehaltung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, Auslaufen der Braunkohleverstromung und Verzicht auf den Neubau von Braunkohlekraftwerken. Der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

TOP 14

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 31. Mai 2011 sollte sich der Landtag von Sachsen-Anhalt für ein Moratorium aussprechen, das die Beibehaltung der Förderung der Beratungsstellen auf dem gegenwärtigen Niveau beinhaltete. Auf Basis des Moratoriums sollten die Verhandlungen über die Neustrukturierung der Stellen ohne zeitlichen oder finanziellen Druck möglich sein. Da dem Antrag aufgrund der Änderung des Gesetzes zur Familienförderung und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote Genüge geleistet worden sei, empfiehlt der Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Antrag als erledigt zu erklären.

TOP 15

Im Jahr 2017 jährt sich der Geburtstag des in Stendal geborenen Archäologen Johann Joachim Winckelmann zum 300. Mal. Die Fraktion DIE LINKE empfiehlt in einem Antrag, dieses Jubiläum entsprechend zu würdigen. Die Landesregierung soll gebeten werden, ein Konzept zur Vorbereitung der Winckelmann-Jubiläen 2017/2018 zu erarbeiten, einer der Schwerpunkte soll eine Ausstellung mit landesweiter Bedeutung sein, die unter anderem die Wirkungsstätten Winckelmanns (auch in der Altmark) abbilden soll. Einen ähnlich lautenden Änderungsantrag bringen die Fraktionen von CDU und SPD ein.

TOP 16

Auf Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung beauftragt werden, ein Freiwilliges Soziales Jahr Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit

(FWJ) sowie ein Freiwilliges Soziales Jahr Pädagogik (FPJ) in Sachsen-Anhalt einzuführen. Dafür soll in den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Schulen und Kindertagesstätten des Landes für Stellen geworben werden. Darüber hinaus soll die Landesregierung den vom Land Niedersachsen in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes unterstützen.

TOP 17

Auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung im Bundesrat die vom Bundestag beschlossene Verschärfung des Asylrechts ablehnen. Demnach würden Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsländer gelten. Hier herrschten nach Ansicht der Linken aber noch immer politische Verfolgung, rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung.

TOP 18

Das Landesjugendamt soll mit ausreichend Personal ausgestattet werden, so fordert es ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Die jugendhilfefachliche Qualifikation des Personals müsse dabei gewährleistet werden. Zudem soll die Landesregierung in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie für Finanzen spätestens im November 2014 über die momentane personelle Lage und den Personalbedarf Bericht erstatten.

TOP 19

(a) Die Fraktionen von CDU und SPD bringen einen Antrag ein, der die Grundlage für die Bestätigung des Mitglieds im Ausschuss der Region der Europäischen Union ist. Tilman Tögel (SPD) soll demnach als Mitglied benannt werden, sein Stellvertreter soll der CDU-Abgeordnete Ralf Geisthardt werden. Ein weiteres Mitglied samt Stellvertreter wird von der Landesregierung benannt.

(b) Die Landesregierung benannte am 2. September Staatssekretär Dr. Michael Schneider als Mitglied im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union. Als Stellvertreter wurde Staatssekretär Jörg Felgner benannt. Der Landtag soll auf Antrag der Landesregierung diese Benennungen bestätigen.

TOP 20

Die Landesregierung soll auf Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finanzielle Mittel für die Etablierung von unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestellen (Ombudsstellen) im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung stellen. Diese Mittel sollen die Einrichtung und die laufende Arbeit von fünf Modellstandorten für mindestens drei Jahre ermöglichen. Des Weiteren soll eine Anhörung zur Thematik im Ausschuss für Arbeit und Soziales abgehalten werden.

TOP 21

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im September die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 22

In einer Konsensliste sollen Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung behandelt werden. In den beiden Papieren geht es jeweils darum, bei Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht als Landtag keine Stellungnahme abzugeben. Die Entscheidung des Ausschusses fiel in allen beiden Fällen einstimmig.

TOP 23

Die Fraktion DIE LINKE hat eine aktuelle Debatte beantragt, in der sich das Parlament mit der Sicherung der gesetzlich garantierten Mitbestimmung und der Arbeit der Betriebsräte in Sachsen-Anhalt auseinandersetzen soll. Die Beschäftigung mit dem Thema habe Bedeutung weit über bereits mustergültig agierende Unternehmen hinaus und müsse deshalb Gegenstand einer öffentlichen Debatte werden, so die Begründung.